

# LINKS**blick**

Der Linke Blick aus dem Landkreis Dahme Spreewald

1. Quartal 2023 - 1. Ausgabe

www.dielinke-lds.de

## Grüße aus der Redaktion

## Wahlkampfstrategieseminar des Kreisverbandes in Flecken-Zechlin



Am 18. und 19. Februar 2023 fanden sich in Flecken-Zechlin 18 Genossinnen und Genossen zum einem Strategieseminar für den Kommunalwahlkampf im Jahr 2024 ein. Heinz Hillebrand und Wolfgang Grützmacher haben das Seminar gemeinsam mit Kathrin Chod vom Kommunalpolitischen Forum Brandenburg e.V. organisiert und mit Erfolg durchgeführt. In den zwei Tagen haben sich die Teilnehmenden intensiv mit den Herausforderungen zur Kommunalwahl auseinandergesetzt und dazu erst Ziele und Strategien erarbeitet.

Wichtig war am Abend natürlich auch das lockere Beisammensein. Zentral war für alle Teilnehmenden, dass wir als Kreisverband in allen Strukturen uns konzentriert auf die Kommunalwahl weiter vorbereiten, überzeugende Inhalte entwickeln und kämpferisch für unserer kommunalpolitischen Forderungen eintreten müssen. Es braucht DIE LINKE in den kommunalen Vertretungen und im Kreistag!

Text: *Philipp Martens*

Bild: *Kathrin Chod*

Hiermit wollen wir Euch herzlichst bei unserem neuesten Projekt, dem „Linksblick“, begrüßen.

Doch was ist der „Linksblick“ überhaupt, wer steckt dahinter und was ist der Sinn dieses **U n t e r f a n g e n s**? Nun, der „Linksblick“ ist eine kleine Zeitung, die zukünftig regelmäßig jedes Quartal in erster Linie auf der Internetseite der „LINKEN Dahme-Spreewald“ zu finden sein wird. Dabei soll es vor allem darum gehen, über die bestehende Arbeit der Mandatstragenden unserer Partei und über spannende Themen aus der Region sowie aus der ganzen Welt zu informieren. Um dieses ambitionierte Unterfangen ermöglichen zu können, hat sich eine kleine Schar hoch motivierter Genoss:innen zusammengefunden, die sowohl für die Gestaltung als auch für die Artikel verantwortlich zeichnen. Dies soll jedoch in erster Linie ein Angebot von Genoss:innen aus der Region für Genoss:innen aus der Region sein. Um diesen Ansatz umsetzen zu können, sind wir auf Mithilfe angewiesen. Daher wollen wir alle interessierten Menschen dazu aufrufen, eigene Themen und Artikel beizutragen, um eine Vielzahl von Blickwinkeln und Themen bearbeiten und aufzeigen zu können. Sollte Interesse bestehen, uns etwas zuzusenden oder einfach nur allgemein mit uns Kontakt aufzunehmen, könnt ihr uns unter folgender E-Mail-Adresse erreichen: [redaktion@dielinke-lds.de](mailto:redaktion@dielinke-lds.de)

Text: *Patrick Scharkowski*

## Linke im Gespräch



In dieser Rubrik des Linksblicks wollen wir die aktiven Menschen vorstellen, die auf so starke und engagierte Art und Weise versuchen, die Welt jeden Tag etwas besser zu

machen. So werden wir in jeder Ausgabe eine Person genauer unter die Lupe nehmen und ergründen, wer die Menschen sind, die unseren Kreisverband mit Leben erfüllen. Unsere erste vorzustellende Person ist **Michael Wippold**.

Linksblick: Könntest du dich kurz vorstellen?  
Michael: Sehr gerne, ich bin Michael Wippold, Jahrgang 1958 und wohne derzeit im Ortsteil Wernsdorf in Königs Wusterhausen. In der Partei Die Linke bin ich sowohl als Fraktionsvorsitzender in der Stadtverordnetenversammlung KW als auch als Kreisvorsitzender der Linken in LDS tätig.

Linksblick: Wie bist du zur Partei gekommen?  
Nun, zu Beginn war ich lediglich im Kirchbauverein, Heimatverein und Sportverein meines Dorfes engagiert. Dort bin ich immer wieder auf Mitglieder der Partei Die Linke ge

stoßen. Irgendwann sprach man mich dann direkt an und fragte mich, ob ich denn nicht Lust hätte, im Ortsbeirat mitzuarbeiten und dafür bei der Kommunalwahl zu kandidieren. Da mich sowohl die Arbeit als auch die Ziele der Linken schon lange faszinierten, war es für mich eine logische Konsequenz, im Oktober 2007 außerdem in die Partei einzutreten.

Linksblick: Was genau hat dich veranlasst, dich politisch zu engagieren?  
Ich hatte schon seit jeher ein links geprägtes Weltbild, einen stark ausgeprägten Gerechtigkeitsinn und suchte schon lange nach einer Chance, mich aktiv für eine friedliche, solidarische, ökologische Gesellschaft einsetzen zu können. Innerhalb einer politischen Partei, bei der eigentlich nur Die Linke infrage kam, schien mir dies möglich.

Linksblick: Wie schätzt du die aktuelle politische Situation der Linken ein, welche besonderen Herausforderungen und Chancen gibt es deiner Meinung nach derzeit?  
Die Beantwortung der Frage würde ich gern zweiteilen:

Erstens, linke Ideen, linkes Bestreben, linkes Gestalten ist heute wichtig und anerkannt wie selten zuvor in der Geschichte. Man erkennt dies unter anderem daran, wie durch die machterprobten Eliten selbst feinste Stimmungsäußerungen der Bevölkerung beachtet

und durch kosmetische Operationen am System umgesetzt werden. Zweitens, als Organisation sind wir in einer Findungsphase, die bereits viel zu lange andauert. Das schädigt und zerstört teilweise unsere Fähigkeit zu handeln. Eine Chance zur Verbesserung unserer Situation sehe ich gegenwärtig in der Art, wie der Widerstreit kumuliert und damit zu einer Lösung drängt, die meiner Meinung nach infolge der Dialektik zu einer höheren Qualität führen muss.

Linksblick: Was wäre deine Hoffnung für die Zukunft der Partei?  
Mir ist und war schon immer wichtig, dass unser „Linker Laden“ möglichst geeint und zusammenbleibt. Elementar ist, dass wir uns somit zurück auf unsere eigentlichen Aufgaben, Frieden und Schaffung einer gerechten Gesellschaft, konzentrieren können. Wenn wir das schaffen, dann macht es noch mehr Spaß, links zu sein.

Text: *Patrick Scharkowski*

Bild: *Michael Wippold*

Kontakt  
DIE LINKE. Dahme-Spreewald  
Erich Kästner Straße 12  
15711 Königs Wusterhausen  
Telefon: 03375-29 36 21  
E-mail: [info@dielinke-lds.de](mailto:info@dielinke-lds.de)

Bericht von Stefan Ludwig Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion Dahme-Spreewald



## Krankenhäuser in Gefahr?!

In der Beratung des Gesundheitsausschusses des Kreistages am 21. Februar stellte die Geschäftsführung des Klinikums Dahme-Spreewald (51%ige Beteiligung des Landkreises) ihre Einschätzung der Pläne der Bundesregierung für eine Krankenhausreform vor. Denn Bundesgesundheitsminister Lauterbach will die Vorschläge einer Expertenkommission nun in Gesetzesvorlagen umwandeln. Fazit: Nach den Vorschlägen würde es wegen der Mindestanforderungen an Krankenhäuser zwischen Berlin und Cottbus nur noch Kommunale Gesundheitszentren geben, aber keine Krankenhäuser mehr!

Denn ein Krankenhaus soll zukünftig mindestens eine Rettungsstelle, eine Intensivstation mit 10 Betten, eine „stroke-unit“ zur Behandlung von Schlaganfall-Patienten und ein MRT-Gerät haben, um Stationen wie Inneres, Gynäkologie, Chirurgie oder eine Geburtsstation betreiben zu dürfen. Kein Krankenhaus im Landkreis verfügt jeweils selbst über alle diese Merkmale, sie sind in LDS auf mehrere Häuser verteilt vorhanden. Somit würde nicht nur dem Klinikum Dahme-Spreewald mit den Standorten in Lübben und Königs Wusterhausen, sondern auch dem Evangelischen Krankenhaus in Luckau und dem Asklepios-Klinikum in Teupitz das Aus drohen.

Brandenburgweit wäre die Aussicht genauso düster. Nur noch die Kliniken in Cottbus, Frankfurt, Potsdam und Bad Saarow hätten eine Chance. Bundesweit ergibt sich das gleiche Bild. Gewinner dieses Kahlschlags wären die Universitätskliniken, kommunalen Häusern droht das Aus. Deshalb dürfen diese Pläne nie Wirklichkeit werden.

Wir werden für ein starkes Klinikum in der Hand des Landkreises kämpfen. Das heißt, neben Aktivitäten im Bundestag und im Landtag, Initiativen im Kreistag zur Stärkung unseres Klinikums an beiden Standorten sowie die Verhinderung der Privatisierung weiterer Anteile des Klinikums. Die Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig eine Gesundheitsversorgung durch die Öffentliche Hand ist.

Text: Stefan Ludwig  
 Bild: Thomas Kläber

Kontakt  
 Stefan Ludwig  
 DIE LINKE. Dahme-Spreewald  
 Erich-Kästner-Straße 12  
 15711 Königs Wusterhausen

Tel.: (03375) 29 36 210  
 Fax: (03375) 29 36 22  
 E-mail: stefan.ludwig@dielinke-brandenburg.de



## Ortsentwicklung – Wachstumsschmerzen der Nordgemeinden

Landes- und Landkreisplanungen bescheinigen den Nordkommunen im Landkreis Entwicklungspotential für den Wohnungsbau. Den Druck der Investierenden spüren wir auch in Zeuthen. Nun ist grundsätzlich nichts gegen Investitionen zu sagen, wenn sie die Interessen der Bürger:innen berücksichtigen, denen wir uns als Fraktion verpflichtet sehen müssen. Seit Jahren haben wir zu wenig bezahlbaren Mietwohnraum im Norden des Landkreises. Diese Situation wird mit den weiteren gewerblichen Ansiedlungen im Flughafen- und Teslaumfeld verschärft. Aber wachsen um jeden Preis kann keine Lösung sein. Ein sozial und ökologisch nachhaltiges Wachstum muss gefordert werden. Investierende Unternehmen müssen über städtebauliche Verträge mit der Gemeinde verpflichtet werden, einen Anteil des Wohnraums mietpreis- und belegungsgebunden vorzuhal-

## LINKE Fraktion als Opposition in der Gemeindevertretung??

Wir stellen fest, in Schönefeld gibt es keine Opposition. Alle Gemeindevertreter:innen versuchen für die Gemeinde die richtigen Entscheidungen zu treffen. Dabei gibt es zu Einzelthemen natürlich ganz unterschiedliche Ansätze.

DIE LINKE kann nicht nachvollziehen, warum in einer unerklärlichen Eile Projekte wie der Wettbewerb „Schönefeld Nord“ und das INSEK-Verfahren vorangetrieben werden. Viele Projekte der einzelnen Ortsteile warten seit Jahren auf Realisierung und kommen nicht voran. Als Beispiel: Die Schönefelder Sportvereine benötigen auf dem Sportplatz eine Flutlichtanlage für das Training und die Wettkämpfe. Die Sanierung des Funktionsgebäudes wird von Jahr zu Jahr verschoben. Ergebnis: Die Fußballmannschaft zerfällt und der Verein muss Strafen zahlen. Das Projekt einer neuen Sporthalle auf dem Sportplatz anstelle des Funktionsgebäudes legt über Jahre den Sport und auch die

## Den Faschisten keinen Fußbreit Boden!

Den Faschisten keinen Fußbreit Boden! Unter diesem Motto hatte die VVN-BdA im LDS für alle Antifaschistinnen und Antifaschisten am 11.02.2023 eine Mahnwache angemeldet. Wir standen vor dem Eingangsportal zum Schloss. Die Alternative für Deutschland beabsichtigte dort ein Bürgergespräch mit Kalbitz und Galau durchzuführen. Gemeinsam mit der ANTIFA, dem VVN-BdA waren GenossInnen vor Ort um Flagge zu zeigen, damit die völkischen,

neofaschistischen und faschistischen Bewegungen nicht widerstandslos erstarken!

ten. Sie müssen weiterhin verpflichtet werden, die Werterhöhung ihrer Grundstücke finanziell an die Gemeinde auszugleichen und eine Infrastrukturabgabe zu zahlen oder die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Der zusätzliche Bedarf an Kita- und Schulplätzen, an Verkehrswegen und Freizeitangeboten muss durch diese selbst abgedeckt und sich dazu entsprechend vertraglich verpflichtet werden. Ohne eine solche Verpflichtung zieht jede Wohnraumentwicklung erhebliche Kapazitätsprobleme in den kommunalen Einrichtungen und Folgekosten für die Gemeinde nach sich. In der Diskussion erleben wir zu diesen Themen oft Vorbehalte der anderen Fraktionen und der Verwaltung. Eine falsch verstandene „Investorenfreundlichkeit“ mündet zu oft in einem reinen Abnicken der wirtschaftlichen Interessen der Investor:innen. Jede Kommune hat die Planungshoheit und muss diese selbstbewusst für die Bürger:innen im Ort nutzen.

Text: Die Fraktion DIE LINKE Zeuthen -  
 Sonja Pansegrau, Martina Vietze,  
 Philipp Martens

### Kontakt

Die Fraktion DIE LINKE Zeuthen  
 Philipp Martens  
 E-mail: martens@gv-zeuthen.de  
 Sonja Pansegrau  
 E-mail: pansegrau@gv-zeuthen.de  
 Martina Vietze  
 E-mail: vietze@se-zeutne.de

Festaktivitäten dort lahm. Das stößt sowohl im Ortsbeirat wie auch in unserer Fraktion auf Widerstand und den formulieren wir.

Die Strategie unserer Verwaltung zur Schulentwicklung ist gesteuert von Notlösungen wie der großen Kita „Bienenschwarm“ mit heute zu wenig Außenflächen, der Erweiterung der Astrid-Lindgren-Grundschule und damit weiterer Einschränkung der Freiflächen auf dem Gelände. Die Idee, dies durch einen Bolzplatz über dem Dach der Sporthalle zu lösen, stößt bei einer großen Anzahl der Gemeindevertreter:innen auf Unverständnis. Warum nicht gleich besser und realistischer? Wo müssen entsprechend unserem Wachstum welche Schulen und Kitas entstehen? Ist nicht eine weitere Oberschule in Großziethen sinnvoll?

Text: Wolfgang Katzer

### Kontakt

DIE LINKE Schönefeld  
 Wolfgang Katzer  
 E-mail: info@linke-schoenefeld.de

Text: Claudia Mollenschott



## Schmutzwassergebühren des Zweckverbandes KMS Zossen

Die Stadt Mittenwalde ist Mitglied in zwei verschiedenen Zweckverbänden, die die Aufgabe Der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung erfüllen: der MAWV und der KMS. Für die Ortsteile Töpchin und Motzen der Stadt Mittenwalde übernimmt dies der Zweckverband KMS Zossen.

In der Verbandsversammlung am 06.12.2022 wurden für den KMS die Gebühren für das Jahr 2023 für Trinkwasser und Schmutzwasser für die zentrale sowie dezentrale Entsorgung zur Beschlussfassung vorgelegt und beschlossen. Während die Gebühren für die zentrale Schmutzwasserentsorgung bei 3,50€/m<sup>3</sup> für Beitragszahlende und 5,38€/m<sup>3</sup> für Nichtbeitragszahlende liegen, wurden die Gebühren für die dezentrale Schmutzwasserentsorgung auf 20,84€/m<sup>3</sup> angehoben. 2022 lagen die Gebühren bei 10,42€/m<sup>3</sup> für dezentrales Schmutzwasser. Diese drastische Erhöhung der dezentralen Schmutzwassergebühren wurde mit der

Steigerung der Kosten für Benzin aus dem Ergebnis der Ausschreibung, des Betriebsführungsentgeltes 2023 und dem eigenen Verwaltungsaufwand begründet.

Es wurde ein Antrag an den Hauptausschuss der Stadt Mittenwalde und an die SVV am 27.02.2023 gestellt, der den Bürger:innen der beiden Ortsteile die Möglichkeit einräumt, eine biologische Kleinkläranlage zu errichten. Die Ortsbereiche, die in naher Zukunft laut Abwasserbeseitigungskonzept nicht erschlossen werden, wurden im Antrag benannt. Weiterhin wurde eine ausführliche Darstellung der Kalkulation mit den konkreten Angaben der Kostensteigerungen und der Berechnung des gegenwärtigen Anschlussgrades gefordert.

Diese Situation der Ungleichbehandlung der Bürger:innen in den Ortsteilen Töpchin und Motzen durch die Art des Schmutzwasseranschlusses ist nicht mehr vertretbar und ist für

uns politisch nicht tragbar. Niemand stellt Mehrkosten für eine dezentrale Entsorgung zur zentralen Entsorgung in Frage, doch diese Entwicklung ist nicht nachvollziehbar. Selbst unter der Annahme, dass sich Kraftstoff- und weitere Kosten um 25% im Jahr 2022 erhöht haben, ist eine Steigerung von 100% der dezentralen Entsorgungskosten nicht nachvollziehbar.

Text: *Carola Müller*

Kontakt

DIE LINKE. Mittenwalde  
c/o DIE LINKE. Dahme-Spreewald  
Erich Kästner Straße 12  
15711 Königs Wusterhausen

Tel.: 03375-29 36 21

Fax: 03375-29 36 22

E-Mail: [info@dielinke-lds.de](mailto:info@dielinke-lds.de)

## Aufruf zu den Ostermärschen 2023

Stoppt den Krieg! Russische Truppen raus aus der Ukraine – Eskalation beenden: Verhandeln statt Waffenlieferungen - zivile Alternativen zu Aufrüstung und Militarisierung

DIE LINKE ruft alle Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei auf, sich 2023 an den Ostermärschen und Aktionen der Friedensbewegung zu Ostern zu beteiligen.

Russland führt einen verbrecherischen Angriffskrieg. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen wird diese nicht beenden. Dieser Krieg ist zu einem grausamen Abnutzungskrieg geworden, in dem tagtäglich hunderte Soldaten auf beiden Seiten sterben.

Das Sterben muss beendet werden. Der Gefahr einer weiteren Eskalation des Krieges über die Ukraine hinaus entgegengetreten werden. Wir wollen eine starke Friedensbewegung auf die Straße tragen, die an der Seite der Angegriffenen steht, sich gegen Eskalation und Militarisierung stark macht, zivile Alternativen zur Aufrüstung aufzeigt und inhaltlich wie praktisch eine klare Kante gegen rechts zeigt.

Für uns gilt der Schwur von Buchenwald, dass die Forderungen "Nie wieder Krieg" und "nie wieder Faschismus" zusammengehören. In dieser antifaschistischen Tradition steht unsere Par-

tei. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen, zusammen mit europäischen und nicht-europäischen Staaten, z.B. Brasilien. Dadurch soll ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine wiederhergestellt werden. Deeskalation bedeutet auch einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und keine weitere Osterweiterung von NATO.

Dafür werden die Parteigliederungen aufgerufen, in demokratischen Bündnissen aktiv zu werden.

Die Bundesregierung verliert sich in einem militärischen Tunnelblick. Die vor einem Jahr von Bundeskanzler Scholz proklamierte „Zeitenwende“ ist die falsche Reaktion auf den Krieg. Die Welt bewegt sich auf eine neue Qualität konfrontativer Politik zu, in der Vormachtstellungen immer schneller auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt werden. Für die Bekämpfung der Klimakatastrophe, die nur mit internationaler Kooperation gelingen kann, eröffnet

diese verschärfte Blockkonfrontation düstere Aussichten. Das Sondervermögen ist das größte Aufrüstungsprogramm seit dem Zweiten Weltkrieg. Der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius verlangt sogar, das Sondervermögen von 100 auf 300 Mrd. EUR zu erhöhen. NATO-Staaten sollen nach Vorstellungen einiger Politiker\*innen zukünftig das 3-Prozentziel für Militärausgaben in den nationalen Haushalten anstreben. Mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer. Im Gegenteil. Initiativen zur Abrüstung im nuklearen und konventionellen Bereich und eine solidarische Weltwirtschaftsordnung sind Schritte hin zu einer friedlichen Welt. Dafür engagieren wir uns und gehen Ostern gemeinsam mit der Friedensbewegung im ganzen Land auf die Straßen und Plätze.

Text: *aus dem Beschluss des Parteivorstands vom 18.März 2023*

Bild: *DIE LINKE Brandenburg*



## Ein Gespenst geht um und es hat Geburtstag

Im ersten Quartal dieses Jahres feierten mehrere historische Ereignisse Jubiläum. So konnte beispielsweise am 10.02. der 125. Geburtstag Bertolt Brechts begangen, am 16.02. dem 100. Jahrestag der Öffnung der Königskammer Tutanchamuns erinnert oder gar am 14.03 dem 140. Todestag von Karl Marx gedacht werden.

Mit Letzterem ging sogar noch ein weiteres sehr wichtiges Jubiläum einher. Am 21. Februar 2023 wurde das „Manifest der Kommunistischen Partei“ 175 Jahre alt. Ein gesellschaftspolitisches Schriftstück, geschrieben in einer Zeit voller wirtschaftlicher und politischer Umbrüche.

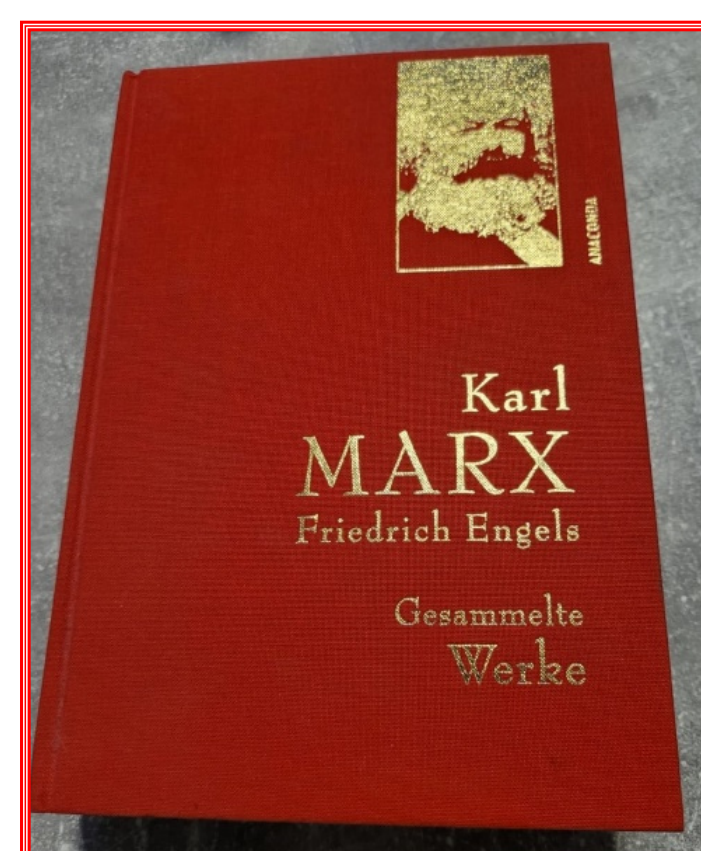
Um dem Begriff des Kommunismus Substanz und Gültigkeit zu verschaffen, erschufen Marx und Engels ein strategisches und programmati-

sches Dokument, das bis heute nichts von seiner Faszination verloren hat.

Mit über 500 Millionen verkauften Exemplaren ist das Manifest auf Platz 5 der meist verkauften Bücher der Welt. Bis zum heutigen Tag bleibt damit die 1847 geschriebene Publikation einer der einflussreichsten Bestseller überhaupt. Auch heute noch wird eifrig über die beschriebenen theoretischen Vorahnungen debattiert und gestritten. Hatten Marx und Engels nun recht oder nicht? Einer Frage, der sich heute vor allem in Form von sogenannten Memes und Diskussionen im Internet gestellt wird. Denn trotz seines Alters von 175 Jahren ist das Manifest auch der sogenannten „Generation Z“ nach wie vor ein Begriff.

Text: *Patrick Scharkowski*

Bild: *Patrick Scharkowski*



## Eine Erwiderung auf Dieter Hallervordens Kritik am Gendern

Ich empfinde gendern als äußerst angenehm, da es Menschen, die sich politisch korrekt ausdrücken wollen, eine Möglichkeit gibt, dies zu tun. Und selbst wenn mensch es nun nicht so macht, wie es eine andere Person gerne hätte, z.B. mit einem \_ statt des \*, empfinde ich allein die Bemühung um eine inklusive Ausdrucksweise angenehm und lobenswert. Ich verstehe auch und finde es ebenfalls sehr wichtig zu erwähnen, dass gendergerechte Sprache keine gendergerechte Welt schafft. Dies sollte auch ein Unterschied zwischen linken und nicht-linken Befürworter\*innen geschlechtergerechter Sprache sein.

Ich befürworte gendern auch nicht des Genderns wegen, sondern wegen eines Bemühens zur korrekten Bezeichnung, welche auch korrektere Assoziationen mit sich bringen sollte. Denn mit der eigenen Ausdrucksweise können Sachverhalte unterschiedlich dargestellt werden. So kann das "US- Embargo gegen Kuba" als solches bezeichnet werden. Ich halte jene Bezeichnung jedoch für euphemistisch und meine, "Akt des Genozids der USA gegen Kuba" ist die treffendere Bezeichnung und schafft auch andere (meiner Meinung nach korrektere) Assoziationen bei den Hörenden. Ebenso sind die wahlberechtigten Menschen nun mal nicht nur Wähler und Wählerinnen, sondern auch Wähler\*innen.

Des Weiteren werden wir zwar keine klassenlose Gesellschaft durch das Gendern erreichen, jedoch können Einzelschicksale po-

sitiv beeinflusst werden und dies für einen, meiner Meinung nach, geringen Aufwand. Zum Beispiel ist bei der Frage nach der Anteil der genannten männlichen Menschen höher, wenn das generische Maskulinum benutzt, als wenn gegendert wird.

Ein weiterer Grund gegen eine Positionierung à la Hallervorden ist, dass sonst das Narrativ rechter Menschen übernommen wird. Sicherlich sollte mensch sich die Gründe für eine solche Positionierung angucken, jedoch sehe ich auch da Gemeinsamkeiten:

- Gendern würde die Sprache kaputt machen. Für mich ist dies grober Unsinn. Sprache entwickelt sich nun mal und auch das Gendern ist eine dieser Entwicklungen. Diese zerstören jedoch keine Sprache, sondern verändern sie nur. Sprachzerstörend empfinde ich viel mehr die Benutzung des Dativs, wo sich doch der Genitiv so wunderschön anhört oder den Abbau des Wortschatzes. Dagegen könnte mit einem besseren Bildungssystem und Arbeitszeiten, bei denen am Nachmittag/Abend noch Zeit und Lust zum Lesen bleibt, vorgegangen werden.

- Gendern würde Sprache unverständlich machen. Sicherlich ist Zahnarthelfer ein einfacheres Wort als Zahnarzt\*inhelfer\*in. Allerdings empfinde ich beides als sehr verständlich und wirklich nebulös wird Sprache bislang nur mittels entbehrlich komplexer Diktion. Dies gilt es natürlich zu vermeiden, falls mensch ver-

standen werden will oder verstanden werden sollte.

- Gendern lenke von den wirklich wichtigen Themen ab. Was wirklich wichtig ist oder was als wirklich wichtig angesehen wird, ist natürlich subjektiv und deshalb schwer generalisierbar. Aber ich verstehe natürlich, was gemeint ist. Deshalb kann ich auch nachvollziehen, dass viele Leute meinen, es solle nicht immer über das Gendern diskutiert werden. Dem stimme ich auch entschieden zu, jedoch kann ich mich nicht erinnern, schon einmal eine Diskussion zum Gendern einfach so angefangen zu haben. Viel öfter schießt eine Person gegen das Gendern und ich probiere zu erläutern, warum es gar nicht so doof ist. Die Diskussion wird also, meiner Meinung nach, von den Gegner\*innen des

Genderns verursacht. Des Weiteren ist die Pariser Kommune ganz ohne Gender-Diskussion zerstört worden, Stalin kam ohne Gender-Diskussion an die Macht und die UdSSR ist auch ganz ohne Gender-Diskussion aufgelöst worden. Diskussionen über das Gendern haben also nicht die Zerstörungskraft, die man meinen könnte. Auch jetzt denke ich nicht, dass DIE LINKE so schlecht da steht, weil einige Menschen übers Gendern diskutieren, sondern vielmehr weil Reformist\*innen in unseren Führungspositionen sitzen.

Zuvorletzt empfinde ich es als kein Autoritätsargument, wenn ein fast 87-jähriger Schauspieler, den meine Generation vor allem aus einem Film mit Til Schweiger

kennt, und Wahlwerbung für die FDP gemacht hat, sich kritisch über das Gendern äußert. Gerade nicht, wenn er meint, gendern diene dazu, "die deutsche Sprache zu vergewaltigen".

Abschließend will ich noch anmerken, dass ich mittlerweile fast automatisch gendere und es mich Aufmerksamkeit kostet, nicht zu gendern. Diese extra Belastung nehme ich manchmal trotzdem in Kauf, da es mir, aufgrund der negativen Rückmeldungen, unangenehm ist zu gendern. Es verhält sich ähnlich wie beim Veganismus. Ein\*e Veganer\*in tut keinem Menschen etwas und trotzdem wird er\*sie (nur manchmal, aber trotzdem zu oft) schräg angeguckt bei der Preisgabe jener Information. Verstehen könnte ich dies, wenn ich andere abwertend behandle, weil sie nicht gendern oder weil sie sich nicht vegan ernähren. Beides tue ich, meiner Meinung nach, nicht. Interessant wäre also, warum man sich trotzdem "Anti-Genderisch" (oder "Anti-Vegan") positioniert.

Ich würde es also bevorzugen, wenn alle Menschen gendern. Zwingen will ich niemanden. Trotzdem kann man es als sinnvoll propagieren, vor allem an Schulen. Ich hoffe diese Ausführungen lesen sich diskussionsfreudig und nicht abwertend oder verletzend o.ä. Falls dies nicht der Fall sein sollte, tut es mir sehr leid. Ich will niemanden verletzen, sondern viel mehr nur eine andere Meinung dazu geben.

Fußnoten redaktionell entfernt  
 Text: *Simo Pflock*

Spenden an Die Linke LDS:  
 Wir nehmen kein Geld von Lobbyisten! Aber sehr gerne Ihre private Spende.

IBAN: DE78 1605 0000 3661 0315 45

BIC: WELADED1PMB

Bitte geben Sie unbedingt Ihren Namen und Ihre Adresse an, da das Parteiengesetz verbietet, anonyme Spenden anzunehmen.

Auf Wunsch stellen wir Ihnen gerne eine Spendenbescheinigung aus.

Wir bedanken uns schon mal im voraus für Ihre Zuwendung.

Mit solidarischen Grüßen

Die Linke LDS

1. April	10:00 Uhr	Gründung Landesarbeitsgemeinschaft	Fichtenauer Weg 44, Erkner
6. April	18:30 Uhr	Bo Beratung - jeden ersten Donnerstag des Monats	Kreisgeschäftsstelle
6. April	17:00 Uhr	Ostermarsch	Bahnhofsvorplatz KW
8. April	14:00 Uhr	Ostermarsch	Platz der Einheit Potsdam
9. April	14:00 Uhr	Ostermarsch	S-Bahnhof Strausberg
20. April	18:30 Uhr	Delegiertentreffen zum Landesparteitag	Kreisgeschäftsstelle
22. April	-	Landesparteitag	Theodor-Fontane-Str. 42, Ludwigsfelde
27. April	19:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung - alle vier Wochen	Kreisgeschäftsstelle
1. Mai	10:00 Uhr	Veranstaltung zum 1. Mai	Mühleninsel, KW
1. Mai	10:00 Uhr	Veranstaltung zum 1. Mai	Marktplatz, Luckau
1. Mai	10:00 Uhr	Kulturveranstaltung mit Regisseur Lutz Pehnert	Mehrzweckraum Schulstr. Zeuthen
8. Mai	11:00 Uhr	Tag der Befreiung	Ehrenmale im LDS
10. Mai	15:00 Uhr	Lesen gegen das Vergessen	Bahnhofstraße, Eichwalde
14. Mai	09:00 Uhr	Kreisparteitag	Dorgemeinschaftshaus Diepensee
14. Mai	-	Bürgermeisterwahl	Bestensee
16. Juni	17:00 Uhr	Hoffest des Kreisverbands	Kreisgeschäftsstelle

**FRIEDEN, HEIZUNG, BROT  
 STATT  
 WAFFEN, KRIEG UND TOD!**

Mahnwache für Frieden und Abrüstung  
 WANN? Jeden Donnerstag, 18:00 Uhr  
 WO? Am Brunnen, Bahnhofstraße, Königs Wusterhausen

unterstützt von **DIE LINKE.**  
 Dahme-Spreewald

Folgt uns auf Twitter



Folgt uns auf Instagram



Folgt uns auf Facebook



### Impressum

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. LDS. Zuschriften bitte an: redaktion@dielinke-lds.de. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. V.i.S.d.P.: Michael Wippold, Kreisgeschäftsstelle Erich Kästner Straße 12, 15711 Königs Wusterhausen, Telefon: 03375-29 36 21 E-mail: info@dielinke-lds.de, Redaktion: Philipp Martens, Patrick Scharkowski, Lektor: Pascal Merkes, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. LDS, privat